

Stefan Bajohr

Weltgeschichte des demokratischen Zeitalters

Schriftenreihe Band 1478

Stefan Bajohr

Weltgeschichte des demokratischen Zeitalters

Prof. Dr. Stefan Bajohr lehrt Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Hinweis: Auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung finden Sie die Abbildungen auf den Seiten 164, 170, 181, 187, 190, 205, 247, 282, 283, 400 und 401 farbig als pdf.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Bonn 2014

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Umschlaggestaltung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf

Umschlagfoto: © akg-images. Duane Hanson (1925–1996), „Chinese Student“, 1989.

(Massendemonstrationen von Studenten für Demokratie und Menschenrechte in Peking, Mitte April bis 4. Juni 1989), Epoxidharz, farbig bemalt mit Öl, Mischtechnik, Accessoires. Davie, Florida, Sammlung Hanson.

Lektorat: Frank Schindler, Stefanie Loyal

Satz, Druck und Bindung: im Verlag

ISBN 978-3-8389-0478-8

www.bpb.de

Inhalt

Einführung	9
1 Demokratische Ursprünge	19
1.1 Athenische Demokratie und Römische Republik	19
1.2 Partizipation im europäischen Feudalismus	31
1.3 England: Republik und Glorreiche Revolution	47
2 Die bürgerlich-liberalen Revolutionen	63
2.1 Intro	63
2.2 Amerikanische Revolution (1763–1789)	64
2.2.1 Intro	64
2.2.2 Konflikt mit dem Mutterland	69
2.2.3 Krieg und Revolution	73
2.2.4 Die demokratische Verfassung	79
2.3 Französische Revolution (1789–1799)	82
2.3.1 Intro	82
2.3.2 Niedergang des Ancien Régime	83
2.3.3 Revolution	86
2.3.4 Konstitutionelle Monarchie	89
2.3.5 Geburt der Republik	93
2.3.6 Nation, Krieg und Bürgerkrieg	97
2.3.7 Jakobinische Wohlfahrtsdiktatur	102
2.3.8 Abwicklung der Revolution	105
2.4 Europäische Revolutionen (1830–1849)	108
2.4.1 Intro	108
2.4.2 Vormärz	113
2.4.3 Die revolutionären Unruhen	119

2.4.4	Parlamente und Verfassungen	124
2.4.5	Die Nation	129
2.4.6	Sieg der Reaktion	134
3	Industriegesellschaften	137
3.1	Intro	137
3.2	Die Industrielle Revolution	138
3.3	Die Industriegesellschaften des 19. Jahrhunderts	145
3.4	1920er Jahre: Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise	155
3.5	Die Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg	160
4	Weltbevölkerung	175
4.1	Intro	175
4.2	Dynamik des Bevölkerungswachstums (1800–2001)	177
5	Nationen und Demokratie	193
5.1	Intro	193
5.2	»Nation building« all’italiana: Risorgimento (1820–1870)	194
5.3	»Nation building« made in USA: Civil War (1849–1877)	204
5.4	»Nation building« deutscher Art: von oben (1860–1871)	213
6	Epoche des Imperialismus	221
6.1	Intro	221
6.2	Am Ende der ersten kolonialen Ausdehnung	222
6.3	Zweite koloniale Ausdehnung (1815–1882)	224
6.3.1	Afrika	229
6.3.2	Asien	235
6.3.3	Australien und Ozeanien	239
6.3.4	Amerika	240
6.4	Hochimperialismus (1883–1914)	246
7	Erster Weltkrieg	253
7.1	Intro	253
7.2	Julikrise 1914 und Kriegsbeginn	257
7.3	Kriegswirtschaft	261
7.4	Die militärischen Auseinandersetzungen (1914–1918)	264
7.4.1	Kriegsverlauf in Europa	264
7.4.2	U-Boot-Krieg	267
7.4.3	Außereuropäische Kriegsschauplätze	268
7.5	Die Novemberrevolution in Deutschland	270
7.6	Der Frieden	272

8	Russische Oktoberrevolution und <i>Stalins</i> Autokratie	275
8.1	Intro	275
8.2	Europäische Arbeiterbewegung bis 1917	277
8.3	Die Oktoberrevolution in Russland (1883–1922)	281
8.4	Neue Ökonomische Politik, Kollektivierung und Industrialisierung	292
8.5	Richtungskämpfe	295
8.6	Schreckensherrschaft (1927–1953)	297
9	Asiatische Großmächte	301
9.1	Intro	301
9.2	China – vom ersten Opiumkrieg bis zum Scheitern der fünften Modernisierung (1839–1989)	303
9.2.1	Chinas Öffnung	303
9.2.2	Beute des Imperialismus	306
9.2.3	Von den »Boxern« zur demokratischen Republik	309
9.2.4	Zerfall und Wiederherstellung der Reichseinheit	314
9.2.5	Vom »Herbsternte«-Aufstand zur Volksrepublik	317
9.2.6	Die ersten 40 Jahre der Volksrepublik	322
9.3	Japan – vom Ausklang der Tokugawa-Shōgunie bis zum Frieden von San Francisco (1805–1952)	328
9.3.1	Japans Öffnung	328
9.3.2	Untergang des Shōgunats	333
9.3.3	Meiji-Restauration	337
9.3.4	Japanischer Imperialismus	341
9.3.5	Unmittelbare Nachkriegszeit	345
9.4	Indien – vom britischen Kaiserreich zur souveränen parlamentarischen Demokratie (1876–1991)	348
9.4.1	»Einheit in der Vielfalt«	348
9.4.2	Britisch-Indien	351
9.4.3	Teilung und Unabhängigkeit	357
9.4.4	Kastenwesen und gesellschaftliche Entwicklung	359
9.4.5	Politik und Wirtschaft 1947–1991	362
10	Volksmassen gegen die Demokratie: Faschismus in Europa (1918–1945)	367
10.1	Intro	367
10.2	Faschistische Bewegungen in Italien und Deutschland bis zur Machtübertragung	370
10.3	Faschistische Herrschaft	375
10.3.1	Italien	375
10.3.2	Deutschland	378

10.4	Faschistische Bewegungen in Europa	382
10.5	Widerstand	384
11	Zweiter Weltkrieg (1939–1945)	387
11.1	Intro	387
11.2	Einleitungskriege und -konflikte	390
11.3	Überfall auf Polen	397
11.4	Kriegswirtschaft	399
11.5	Ausbreitung des Krieges über Europa und Afrika	402
11.6	Überfall auf die Sowjetunion	405
11.7	Krieg in Asien und im Pazifik	407
11.8	Niedergang der »Achsenmächte«	410
12	Der Wettbewerb der Systeme (1945–1989)	417
12.1	Intro	417
12.2	Auseinanderbrechen der »Anti-Hitler-Koalition«	419
12.3	Teilungen: Deutschland, China, Korea, Vietnam	422
12.4	Die Bombe	430
12.5	Die Diktaturen der USA	433
12.6	Widerstand gegen die sowjetische Dominanz	444
12.7	Wendemarken: Kuba, Vietnam, Afghanistan	449
12.8	Schauplatz Afrika	453
12.9	Der Nahe Osten	459
12.10	Entspannungspolitik	469
12.11	Das Ende des Kalten Krieges	474
13	Völkermord	483
13.1	Intro	483
13.2	Demokratie und Völkermord im 19. Jahrhundert	488
13.3	Diktatur und Völkermord (1933–1945)	497
Ausblick		513
	Verzeichnis der Abkürzungen	529
	Verzeichnis der Abbildungen	533
	Verzeichnis der Tabellen	535
	Quellen- und Literaturverzeichnis	537
	Personenregister	561
	Ortsregister	569

Einführung

Hat die moderne Demokratie weltweit gesiegt? 250 Jahre nach Beginn der Amerikanischen Revolution nehmen nahezu alle Staaten für sich in Anspruch, demokratisch verfasst zu sein.¹ Selbst menschenverachtende Gewaltregime führen die Bezeichnung »demokratisch« in ihren Staatsnamen, -wappen oder Hymnen. Was noch vor 80 Jahren gang und gäbe war, dass sich nämlich Staaten und Staatsmänner offen gegen die Demokratie aussprachen, scheint heute keine Empfehlung mehr zu sein. Zu sehr sind die Grundprinzipien demokratischer Gemeinwesen zum Gemeingut der Völker geworden.

Zu diesen Grundprinzipien gehören nach heutiger Lehre

- die Volkssouveränität, der zufolge das Volk Träger der Staatsgewalt ist;
- allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen, mit denen das Volk seinem politischen Willen Geltung verschafft;
- die Verbindlichkeit der Menschen- und der Bürgerrechte (darunter das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, der Schutz der Menschenwürde, die Gleichberechtigung der Geschlechter, das Verbot der Diskriminierung, die Gewissens-, Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Freiheit für Religionen und vor Religionen, der Schutz des Brief- und Fernmeldegeheimnisses, die informationelle Selbstbestimmung, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die freie Berufswahl, Eigentumsrechte, die Reisefreiheit, das Folterverbot, der Anspruch auf rechtliches Gehör und auf ein faires gerichtliches Verfahren, das Petitionsrecht);
- die Gewaltenteilung (Gesetzgebung, Regierung/öffentliche Verwaltung, Rechtsprechung);
- die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Souverän bzw. dessen Repräsentanz (dem Parlament);

1 Vgl. *Ermenhild Neusüß*: Demokratie: Theorien und politische Praxis, in: *Franz Neumann* (Hrsg.): Handbuch politischer Theorien und Ideologien, Reinbek 1973, S. 81–146 [107].

- die Bindung von Regierung, öffentlicher Verwaltung und Justiz an Recht und Gesetz;
- die Unabhängigkeit der Gerichte, der Richterinnen und Richter;
- das Recht auf Opposition;
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit der Parteien;
- das Recht auf Widerstand gegen jede/n, die/der die demokratische Ordnung beseitigen will.

Der Weg bis zur Verbindlichkeit dieser Prinzipien – und sei es nur als Lippenbekenntnis – war lang, beschwerlich und opferreich. Es war ein Marsch mit vielen Irrungen und Wirrungen, mit überwältigenden Siegen und herben Niederlagen. Mehrere Pfade führten in Sackgassen, andere in einen Hinterhalt. Geradeaus ging es niemals. Manche Wege kreuzten oder verzweigten sich; einige führten zurück, andere nach vorn und wieder andere mäanderten nebeneinander her. Diese Vielfalt ist einer der Gründe dafür, dass heute mannigfache Ausprägungen demokratischer Staatswesen koexistieren.

Wir unterscheiden demokratische Republiken und demokratische Monarchien. In diesen demokratischen, parlamentarischen Monarchien übt die Monarchin bzw. der Monarch nur mehr repräsentative Funktionen aus. Der nicht-demokratische Schatten, der über dieser Staatsform liegt, entsteht infolge der Nichtwählbarkeit des Staatsoberhauptes.

Zu den demokratischen Republiken zählen

- präsidentiale Systeme, in denen das gewählte Staatsoberhaupt zugleich Regierungschef ist;
- semi-präsidentielle Systeme, in denen die gouvernementale Macht des gewählten Staatsoberhauptes durch die eigenen Rechte eines Premierministers beschränkt wird;
- parlamentarische Systeme, in denen dem gewählten Staatsoberhaupt eher repräsentative Funktionen zukommen, während die Exekutive von einer/einem parlamentarisch gewählten Regierungschef/in geführt wird;
- die direktdemokratische Schweiz, deren parlamentarisches Regierungssystem durch weitgehende Rechte des Volkes auf unmittelbare Mit- und Letztentscheidung durch Volksabstimmungen geprägt ist.

Bei Beobachtung des bisherigen Geschichtsverlaufs scheint die demokratischen Systeme eines vor anderen auszuzeichnen: dass sie nämlich aufgrund ihrer Bindung an die Menschen- und Bürgerrechte sowie an die bürgerlichen Prinzipien schiedlich-friedlicher Konfliktregulierung strukturell unfähig zu sein scheinen, gegeneinander Krieg zu führen.² Sollte sich dies auch in der Zukunft bestätigen, könnte man die These wagen, es

2 Als Ausnahmen von dieser Regel könnten der Krieg Großbritannien-USA (1812) und die britischen Kriege gegen die Burenrepubliken (1880–1881 bzw. 1899–1902) gelten, doch ist dies dahingehend einzuschränken, dass weder das Vereinigte Königreich am Anfang des 19. Jahrhunderts noch die Burenrepubliken vollgültige Demokratien waren.

würde der Krieg dann aus der Welt geschafft, wenn alle Staaten demokratisch verfasst wären und die demokratischen Prinzipien in ihnen gelebt würden. Das bedeutet allerdings nicht, dass demokratische Staaten unfähig (gewesen) wären, Kriege (auch Angriffskriege) gegen andere, von ihnen nicht als demokratisch anerkannte Staaten oder Gesellschaftsordnungen zu führen.

Trotz der offenkundigen und weltweiten Anziehungskraft demokratischer Verheißungen kann nur eine Minderheit der gegenwärtig 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als demokratisch eingestuft werden. Zu groß ist noch immer die Zahl absolutistischer oder konstitutioneller Monarchien und fragwürdiger Republiken, denen trotz Mehrparteiensystem und Wahlen schwerwiegende Mängel, vor allem in Bezug auf die Menschenrechte, anhaften. Hinzu kommen diktatorisch geführte Republiken, die nicht einmal die geringsten Anforderungen an die Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte erfüllen. Die Existenz von Folterzentren und Konzentrationslagern bezeugt, dass keineswegs überall Demokratie drin ist, wo Demokratie draufsteht.

Doch selbst demokratische Staaten waren und sind nicht davor gefeit, gegen ihre selbst gesetzten Grundprinzipien zu verstoßen und sogar Menschenrechtsverletzungen zuzulassen bzw. zu begehen: Verweigerung gleicher Rechte für Frauen und für Menschen anderer Hautfarbe, Diskriminierungen, Pressezensur, Demonstrations- und Streikverbote, willkürliche Verhaftungen, Instrumentalisierung der Rechtsprechung, medizinische Versuche an Menschen, Menschenhandel und Sklaverei, gewaltsame Eroberungen fremder Länder und großräumige Vertreibungen, Folter, Kriegsverbrechen und Völkermord.

Dennoch scheint die Geschichte der modernen Demokratie eine Erfolgsstory zu sein. Sie prägte das letzte Vierteljahrtausend so tiefgreifend, dass wir ohne weiteres von einem »demokratischen Zeitalter« sprechen können. Sie begann in Europa und an ihrer Wiege stand der Zweifel. Der Zweifel daran, dass die jahrhundertealten Regeln von Gott, von der Welt und der göttlichen Weltordnung vernünftig, den Menschen dienlich und zeitgemäß seien.

Die philosophisch-politische Aufklärung, die demokratischen Revolutionen in Nordamerika und Frankreich sowie die internationale Arbeiter/innen- und Frauenbewegung legten die Grundsteine für das, was wir heute als Demokratien begreifen. Sie überlieferten uns Heutigen aber auch das Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und demokratischer Gleichheit,³ von dem behauptet wird, dass die eine leide, wenn die andere dominiere. Dabei galt/gilt individuelle Freiheit als das Recht, die eigene Persönlichkeit unabhängig von Dogmen, Traditionen und Diskriminierungen entfalten, an den politischen Entscheidungen des Gemeinwesens teilhaben und eigenständig über sein Privateigentum verfügen zu können. Die demokratische Gleichheit stand/steht nicht allein für die naturgegebene Gleichheit der Geburt, die Gleichheit vor dem Gesetz und die umfassende Gleichberechtigung (ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die

3 Vgl. *Chantal Mouffe*: »Postdemokratie« und die zunehmende Entpolitisierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2/2011, S. 3-5 [4].

Abstammung, die Rasse, die Sprache, Heimat und Herkunft, den Glauben, religiöse oder politische Anschauungen und körperliche Beschaffenheiten), sondern vor allem für das (Mit-)Eigentum der Bevölkerungsmehrheit an Kapital und an den Produktionsmitteln und für die Entscheidungen dieser Mehrheit bezüglich dessen bzw. deren Verwendung. Der Konflikt zwischen beiden Prinzipien ist vom demokratischen Zeitalter nicht zu trennen. Wir begegnen ihm u. a. bei der Niederwerfung von Aufständen der ländlichen Mittelschichten in der Amerikanischen Revolution (vgl. 2.2.2), bei den Auseinandersetzungen um die jakobinische Wohlfahrtsdiktatur (vgl. 2.3.7) während der Französischen Revolution, bei den Klassenkämpfen des 19. und des 20. Jahrhunderts, in dem Gegensatz zwischen Menschewiki und Bolschewiki in der russischen Oktoberrevolution und in dem Triumph des Privateigentums der neoliberalen Revolution der letzten Jahrzehnte. Es könnte an der Zeit sein, dem misstrauischen Duo zu der Einsicht zu verhelfen, dass Demokratie keine Vorherrschaft verträgt, dass Freiheit der Gleichheit und Gleichheit der Freiheit bedarf.

Das Buch entspringt einer zweisemestrigen Vorlesung, die ich im Fach Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf anbiete. Es stellt den Versuch dar, wichtige Wegmarken des demokratischen Zeitalters kenntlich zu machen. Inhaltlich umgreift es die Zeit von 1763, als das britische Weltreich versuchte, seine amerikanischen Kolonien an die Kandare zu nehmen, bis 1989/91, als die Konfrontation zwischen Kapitalismus und dem »real existierendem Sozialismus«⁴ in Ost- und Südosteuropa endete. Dabei ist die »Kleine Weltgeschichte des demokratischen Zeitalters« keine chronologische Ereignis- oder Ideengeschichte der Demokratie. Hierzu haben kundigere Kolleg/innen ihre Beiträge geleistet. Das Ihnen vorliegende Buch greift grundsätzliche Fragen betreffende Mächtekonstellationen und Konflikte, gesellschaftliche Prozesse und Umwälzungen, regionale oder kontinentale Sonderwege heraus und beleuchtet sie auf dem Hintergrund des Strebens von Menschen nach Freiheit und Gleichheit. Dabei waren Auslassungen und chronologische Brüche nicht zu vermeiden. Der Verfasser hofft, dass dieser Nachteil durch die Abkehr von der weithin üblichen Verengung auf Mitteleuropa (ansatzweise noch auf Nordamerika) und die Erweiterung des Blickfeldes auf die Welt ausgeglichen wird.

Die erwähnte Vorlesung entstand aufgrund von Erfahrungen, die ich während zahlreicher politikwissenschaftlicher Lehrveranstaltungen sammeln durfte. Es erwies sich dort nämlich, dass viele Studierende – woraus ihnen kein Vorwurf zu machen ist – wenig mit der historischen Perspektive aktueller Probleme vertraut sind. Das gilt bedauerlicherweise sowohl für die deutsche, stärker für die europäische und grundlegend für die globale Geschichte. Grund dafür ist zuallererst die ungenügende Darbietung des Fachs (Welt-)Geschichte an den Schulen, die auch der unglückseligen Gymnasialzeitverkürzung zu verdanken ist. Ursächlich dafür ist aber auch die heutige Schnelllebigkeit. Der pausenlose Wechsel von Themen, Moden, theoretischen Modellen usw. fördert die

4 So die Eigenbezeichnung der despotisch-managerialen Apparatgesellschaft sowjetischer Provenienz, die hier und im Folgenden Anwendung findet.

Beliebigkeit und Austauschbarkeit von Betrachtungsweisen und Wertungen, von Gedanken, Sprache und Text, von Vorbildern und Grundsätzen. Er entreißt vielen das solide Fundament historischer und kultureller Verankerung. Es grassiert eine Sensationslüsternheit, die den Menschen weismachen will, bestimmte gesellschaftliche Probleme und Konflikte seien vollkommen neu, noch nie dagewesen und bedürften daher gänzlich neuer Antworten, die mit bekannten Instrumentarien nicht gegeben werden könnten. Das Ihnen vorliegende Buch möchte diese Aufgeregtheit dämpfen: »West ein Ding, davon einer spricht: ›Sieh dieses an, das ist neu‹, längst ists gewesen, in der Weltdauer, die vor uns gewesen ist.«⁵ Es möchte seinen Leserinnen und Lesern einen Kompass an die Hand geben, mit dessen Hilfe sie die verschlungenen Wege der jüngeren Geschichte verstehen und interpretieren können. Es möchte mit dem Gedanken vertraut machen, dass Gegenwartsfragen eine Geschichte haben, dass es möglich und nützlich ist, Vorläufern, Hintergründen und Wechselbeziehungen auf die Spur zu kommen. Nur die können sozialwissenschaftlich in die Zukunft denken und planen, die über das Gewordensein der Gegenwart Bescheid wissen. In dem Buch sind die Ereignisse und Zusammenhänge erwähnt, die aus meiner Sicht wichtig sind, um Politik heute besser verstehen zu können. Andere mögen eine andere Auswahl treffen.

Ich habe mich bemüht, die neuere Forschung zu berücksichtigen, verzichte aber darauf, Diskussionen zum Forschungsstand zu führen oder mich mit divergierenden Lehrmeinungen auseinanderzusetzen. Dieses Buch will keine neuen Forschungsergebnisse präsentieren oder diskutieren. Es will stattdessen den Sinn für den Wert individueller Freiheit und demokratischer Gleichheit schärfen, und zeigen, welchen Weg sie bis zu uns zurückgelegt haben. Es will also die entscheidenden Anstöße und Forderungen, Siege und Errungenschaften, Eckpfeiler und Wendemarken, Gefährdungen und Bedrohungen des demokratischen Denkens, der demokratischen Bewegungen und Staaten vergegenwärtigen. Und es will die menschlichen und materiellen Opfer würdigen, die der Einsatz für Freiheit und Gleichheit weltweit gekostet hat und kostet.

Das erste Kapitel blickt zurück auf die Vorgeschichte der modernen Demokratien sowohl hinsichtlich ihrer politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen als auch in Bezug auf die Entstehung der Ideen von Freiheit und Gleichheit. Die athenische Demokratie und die römische Republik bildeten die Bezugsrahmen für die Amerikanische und die Französische Revolution. Aber auch die mittelalterlichen Stadtrepubliken auf der italienischen Halbinsel, die frühbürgerlichen Aufstände in Mitteleuropa, die proto-kapitalistischen Handels- und Schifffahrtsrepubliken Venedigs und der Niederlande ebneten Pfade in die Moderne. Das Jahrhundert der englischen Revolutionen schließlich verpflichtete den Staat auf die Achtung persönlicher Freiheitsrechte, zu Toleranz, parlamentarischer Repräsentation und zur Gewährleistung von Rechtsgleichheit.

Das zweite Kapitel ist den bürgerlich-liberalen Revolutionen gewidmet, die das »demokratische Zeitalter« ins Leben riefen. Wir streifen die amerikanische Revolution von

5 Versammler 1,9, in: *Die Schrift*, verdeutscht von *Martin Buber*, *Franz Rosenzweig*, Bd. 4, 6. Auflage Heidelberg 1986, S. 389.

1763 bis 1787, die nicht allein die Loslösung von 13 Provinzen an der Ostküste Nordamerikas vom britischen Empire brachte. Die amerikanische Revolution verlieh der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität, den Menschenrechten und der föderativen, republikanischen Regierungsform weltweite Wirkungsmacht. Von dieser Revolution ging der Aufstieg der USA zur ökonomischen, kulturellen und ideologischen Führungsmacht im 20./21. Jahrhundert aus.

Die Französische Revolution von 1789 bis 1799 erschütterte die Feudalsysteme in Europa. »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« waren Losungen, die die Menschen des 18. Jahrhunderts aufrüttelten und mitrissen. Nicht nur der Thron des französischen Königs geriet ins Wanken. Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten, die Entfesselung der modernen Produktivkräfte von ihren feudalen Ketten – die französische Revolution sollte die Geschichte der Moderne nachhaltig prägen.

Weniger spektakulär verhielt es sich mit den mitteleuropäischen Revolutionen in den Jahren 1830/31 und 1848/49. Sie richteten sich gegen die restaurativen Bestrebungen des europäischen Feudaladels, der sich in einer so genannten »Heiligen Allianz« zusammengefunden hatte. Die Revolutionäre forderten bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten sowie die politische Einigung und staatliche Unabhängigkeit ihrer Nationen. Im Deutschen Bund kam es nicht nur zu bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen, sondern auch zur Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Nach der Mainzer Republik von 1793 wurde damals die zweite Demokratie auf deutschem Boden geschaffen (die Weimarer Republik ist nach dieser Zählung die dritte, die BRD die vierte).

Im dritten Kapitel geht es um die Industrielle Revolution und um den Aufstieg der liberalen Weltwirtschaft. Wir verfolgen den »Take-off« der Menschheit in die Welt der Rationalität und Rationalisierung, der Maschinen und der Naturwissenschaften. Dieses Kapitel führt weiter in das Reifestadium der industriellen Gesellschaften, zeichnet die Herausbildung des Organisierten Kapitalismus und den Weg in eine globalisierte Ökonomie nach.

Im vierten Kapitel beschäftigen wir uns mit der europäisch-nordamerikanischen Bevölkerungsexplosion, mit dem quantitativen Wachstum der Weltbevölkerung, mit vorgeblichen Bevölkerungsgesetzen, mit demografischen Übergängen und mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen. Repressive und demokratische Bevölkerungspolitiken sowie die Wirkungen von Bevölkerungswachstum, -stagnation und -schrumpfung auf die demokratischen Prinzipien, Institutionen und Systeme werden beleuchtet.

Das »Nation Building« ist Gegenstand des fünften Kapitels. Sowohl in Italien als auch in Nordamerika als auch in Deutschland waren im 19. Jahrhundert Kriege die Geburtshelfer neuer Nationen. Über diese Gemeinsamkeit hinaus werden die Unterschiede der drei Entwicklungstypen herausgearbeitet: bürgerlich-liberale Aufstände und adelige Diplomatie in Italien, die Durchsetzung von Menschenrechten als Katalysator wirtschaftlicher und politischer Modernisierung in den USA und das Bündnis der Oberklassen in Deutschland.

Die Epoche des Imperialismus wird im sechsten Kapitel behandelt. Hier geht es um die Ausdehnung der Dominanz der europäischen Mächte über die Welt (1800–1945). Dabei werden die Bündnisse der Imperien zur ökonomischen Eroberung und militärischen Unterwerfung anderer Kontinente und Märkte, aber auch ihre Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft und die Verfügungsgewalt über die menschlichen und sächlichen Ressourcen der Erde nachgezeichnet. Wir besprechen, wie sich eine fortschrittsgläubige Zivilisation fremdes Eigentum gewaltsam aneignet und wie die Prinzipien der liberalen Demokratie unter die Mühlsteine der Kolonialherrschaft geraten.

Das siebente Kapitel behandelt den Ersten Weltkrieg als verheerendes Zwischenergebnis des Imperialismus. Ausgehend von der unmittelbaren Vorgeschichte und dem militärischen Zusammenstoß, den die europäischen Mächte für alternativlos erklärten, zeichnen wir den militärischen Verlauf sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen nach. Am Ende dieses Krieges revoltierte die Arbeiterschaft und die Kronen rollten über die Straßenpflaster. In Deutschland, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen und der Tschechoslowakei entstanden bürgerliche Republiken, die ihre Impulse nicht zuletzt aus der amerikanischen und der französischen Revolution bezogen.

Das achte Kapitel behandelt die Russische Oktoberrevolution und stellt sie in ihren Zusammenhang mit dem Niedergang der russischen agrarmanagerialen Despotie, dem Aufkommen einer bürgerlichen Oberschicht sowie mit der europäischen Arbeiterbewegung. Als unmittelbarer Auslöser der Revolution können die Ereignisse des Ersten Weltkrieges gelten. Die Revolutionäre traten unter Berufung auf *Marx* und *Engels* an, um die Ziele der amerikanischen und der französischen Revolution mit der Ablösung der liberalen durch eine sozialistische Gesellschaft zu »vollenden«: Soziale Gleichheit sollte der rechtlichen Gleichheit an die Seite gestellt werden. In den Auseinandersetzungen um die ausbleibende Weltrevolution und um die daraus für die Sowjetunion zu ziehenden Folgerungen schälte sich die Usurpation der Partei- und Staatsführung durch den Revolutionär *Stalin* heraus. Seine Diktatur über Partei und Volk wuchs sich zu einer monströsen Terrorherrschaft aus, die erst mit seinem Tod 1953 nachließ.

Das neunte Kapitel wirft einen Blick nach Ost- und nach Südasiens. Es beschäftigt sich mit dem Vordringen der imperialistischen Mächte nach China und zeichnet nach, wie das riesige chinesische Kaiserreich in Einflussphären aufgeteilt und ausgebeutet wurde. Mit seiner republikanischen Revolution und demokratischen Verfassung knüpfte China an die Ideale der bürgerlichen Revolutionen an, zerfiel aber unter den Schlägen von Warlords und dem Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Guomindang. Die Proklamation der Volksrepublik und deren innenpolitische Entwicklung bis zum vorläufigen Scheitern der Demokratiebewegung stehen im Mittelpunkt der weiteren Betrachtung.

Das neunte Kapitel widmet sich anschließend der Geschichte Japans von der Zeit an, da es sich auf amerikanischen Druck hin öffnen musste und die kapitalistische Produktionsweise zum Durchbruch kam. Es wird gezeigt, wie Japan die europäisch-nordamerikanische Herausforderung annahm und sich innerhalb kürzester Zeit in einen leis-

tungsstarken Industriestaat verwandelte. Die staatliche Umwälzung blieb indes in einer unvollendeten Parlamentarisierung stecken und das Land einer oligarchischen Herrschaft unterworfen. An die Stelle demokratischer Reformen trat ein aggressiver Imperialismus, der in die Beteiligung an zwei Weltkriegen mündete. Nach der Kapitulation 1945 musste sich Japan Demokratisierungskonzepten der USA beugen.

Indien als größte Demokratie der Welt erweist, dass sich diese Staatsform auch für nicht hochindustrialisierte Gesellschaften eignen kann. Indiens jüngere Geschichte war ein einzigartiger Weg aus einer kulturell und wirtschaftlich zurückgebliebenen agrarmanagerialen Despotie in eine pluralistische, parlamentarische Bundesrepublik. Im Kampf für Demokratie und Selbstbestimmung gab die indische Bürgerrechtsbewegung der Welt ein Beispiel für gewaltlosen Widerstand, das noch immer fasziniert. Die staatliche Spaltung Südasiens entlang religiöser Unterschiede allerdings war ein deprimierendes Zeugnis für die Beharrungskraft voraufklärerischer Ideologien und Ressentiments.

Das zehnte Kapitel befasst sich dem wohl verblüffendsten Paradoxon des demokratischen Zeitalters: Der Mobilisierung der Volksmassen gegen die Volkssouveränität. Den faschistischen Bewegungen in Europa, voran der italienischen und der deutschen, gelang, was Adel und Konservative in ihren Abwehrgefechten gegen Liberale und Arbeiterbewegung nicht vermochten: das Volk gegen sich selbst in Stellung zu bringen. Der Faschismus war der Aufstand gegen die Vernunft und gegen die Errungenschaften der demokratischen Revolutionen. Wir verfolgen den Weg faschistischer Bewegungen an die Schalthebel der Macht und befassen uns mit den wichtigsten Elementen faschistischer Herrschaft.

Im Mittelpunkt des elften Kapitels steht die aggressive Außenpolitik des Faschismus, die in einen furchtbaren Versklavungs- und Vernichtungskrieg mündete. Der Zweite Weltkrieg bedeutete eine fundamentale Bedrohung für die demokratische Welt und führte sie für kurze Zeit an die Seite der *Stalin'schen* Diktatur. Die Gegenwehr der Mehrheit der Staaten der Welt obsiegte über die faschistische Herausforderung und ermöglichte die Entstehung der Vereinten Nationen, deren Charta der nicht kriegerischen Konfliktaustragung, den Menschenrechten und den Grundfreiheiten verpflichtet ist.

Das zwölfte Kapitel handelt von dem anschließenden internationalen Wettbewerb zweier sich selbst als demokratisch definierender Gesellschaftssysteme: des Kapitalismus und des real existierenden Sozialismus. In dem »Kalten Krieg« zwischen den Supermächten USA und UdSSR und deren jeweiligen Bündnispartnern wurde die Menschheit gleichsam zur Geisel wechselseitiger Atomkriegsdrohungen. An Stelle des alles auslöschenden Großkrieges, vor dem die Vernunft beide Seiten bewahrte, kam es weltweit zu so genannten Stellvertreterkriegen mit fragwürdigen demokratischen Legitimationen. Spannung und Entspannung wechselten einander ab – der Grundsatz der im Prinzip friedlichen Koexistenz beider Systeme wurde gewahrt. Der »Kalte Krieg« endete mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der nicht mehr kaschierbaren Legitimationskrise des realsozialistischen Systems.

Das 13. Kapitel ist dem Thema Völkermord gewidmet. Völkermord als organisiertes Verbrechen zur Vernichtung ethnischer, rassischer, nationaler oder religiöser Gruppen

ist ein Produkt des demokratischen Zeitalters. Aber ist er deshalb ein Produkt der Volksherrschaft? Eine Analyse der Täter, Motive, Ziele und Vorgehensweisen zeigt, dass der Völkermord der schwerste Angriff auf die Aufklärung und das demokratische Zeitalter ist. Er zeigt, dass der Kampf gegen Aberglauben, Unmündigkeit, Unvernunft und Tyrannei längst nicht gewonnen ist.

Dieses Buch wäre ohne die tatkräftige Unterstützung anderer nicht zustande gekommen. Gleichwohl trage ich allein die Verantwortung für Fehler und Fehleinschätzungen. Für entsprechende Hinweise wäre ich den Leserinnen und Lesern dankbar. Prof. Dr. *Gerd Hardach* und Privatdozent Dr. *Dieter Krüger* haben Teile des Manuskripts gelesen und mir wichtige inhaltliche und Literaturhinweise gegeben, Korrekturvorschläge gemacht und ihre Skepsis gegenüber dem gewählten Aufbau geäußert. Dafür möchte ich mich bei beiden ganz herzlich bedanken. Versäumen möchte ich auch nicht, Prof. Dr. *Ulrich von Alemann* zu danken, der mir erst die Möglichkeit eröffnete, an der Heinrich-Heine-Universität zu forschen und zu lehren. Dank schulde ich auch meiner Mitarbeiterin, Frau *Nicole Horn*, die mir vielfältige technische Hilfe leistete, sowie den stets freundlichen und zuvorkommenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. Auch den Studierenden, die dieses Buch mit ihren Fragen, Diskussionsbeiträgen und Hinweisen mitgestaltet haben, gebührt mein Dank. Mit großem Engagement lektorierte *Frank Schindler* vom Verlag für Sozialwissenschaften das vorliegende Buch. Mit ihm zusammenzuarbeiten, hat mir Freude gemacht. Last, but not least, danke ich meiner Frau *Brigitte* und meinen Söhnen *Jakob* und *Aaron* für all die Hilfe, Anteilnahme und Schonung, die sie mir in den Jahren der Erarbeitung des Manuskripts zuteil werden ließen.